

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl., Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bohlitz, Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 19

Inseratspreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig | Offertagebühren 30 Reichspennig und Porto. -

Halver
Montag, den 23. Januar

Erscheint werktätig
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl.
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
- Postfachkonto: Dortmund 2941. -

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident empfing Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes.

* Der Beschluß des Ältestenrats des Reichstages soll auf den starken Druck der Wirtschaft hin erfolgt sein, die unter allen Umständen für eine wirtschaftliche Beruhigung eintritt.

* In verschiedenen Teilen des Reiches kam es zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleuten.

Die Verlegung.

Wer heutzutage den Versuch machen wollte, neben dem Wagen des Geschehens einherzulaufen, um alles beobachten zu können, dürfte vermutlich sehr schnell Atem und Geduld verlieren. Denn es ist wirklich nicht mehr allzu amüsant, dabei im Kreise herumzulaufen, während die wirklichen, nämlich die wirtschaftlichen Kräfte, auf denen dieser Wagen des politischen Geschehens herumfährt, doch mit immer größerer Stärke vorwärtsdrängen. Und noch ärgerlicher wird für den „die Lage“ Beobachtenden, wenn der Wagen des politischen Geschehens mit einer großen, dichten Plane überspannt ist, unter der sich, durch „Vertraulichkeit“ oder diesmal überraschend gut gewählte Diskretion vor den Augen der Beobachter geschützt, die Parteiführer miteinander oder mit der Regierung raufen.

Da es im Parlament meist anders kommt als man denkt oder vermutet, so ist der — „unverbindliche“ — Verlegungsbeschuß im Ältestenausschuß des Reichstages kaum als eine wirkliche Überraschung zu bezeichnen; überraschend wäre es höchstens gewesen, wenn man dort nun endlich einmal geradewegs auf die Entscheidung losgefahren wäre! So aber ist der Wagen umgebogen und „schlägt“... einen großen Reif“. Die Regierung ließ dazu erklären: „Bitte sehr!“ und läßt den Wagen nochmals acht Tage hindurch im Kreise herumfahren. Alles „ganz unverbindlich“. Es schien einen Augenblick so, als wolle sie sich sozusagen auf den Ausblick setzen und die Pferde vorwärtspeitschen, ohne Rücksicht auf ein noch so lautes Geschrei der Wageninsassen. Aber es schien eben nur so. Statt dessen ließ die Reichsregierung erklären, sie „könne“ sich dem nicht widersetzen, wenn der Reichstag noch die Frist einer Woche dazu benutzen wolle, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen. Wenn dies nun aber, oft versucht, wiederum nicht zu erreichen ist? Es scheint, als sei der Reichstagskanzler durch die Vertreter des Zentrums dazu veranlaßt worden, dem Reichstag oder vielmehr den Parteien zu dem angekündigten nochmaligen Versuch — dem wievielten? — eine Respektfrist von acht Tagen zu konzessieren. Und vielleicht darf man daraus schließen, daß das Zentrum es in der Hand nehmen will, „die Mehrheitsverhältnisse im Parlament festzustellen“. Das wäre auch insofern eine Wiederholung, als der erste Abschnitt der Lösungsversuche nach von Papens Rücktritt ja mit einem ähnlichen Auftrag an den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Dr. Kaas, abgeschlossen hat, und zwar mit der Feststellung, daß eine regierungsfähige und -willige Mehrheit auch im neu gewählten Reichstag nicht vorhanden war. Hofft man jetzt in den Tagen bis zum 27. Januar ein anderes Ergebnis herbeizuführen?

Daß der Vorschlag der Nationalsozialisten, diese Entscheidung überhaupt solange zu vertagen, bis außer der Regierungserklärung auch noch die Haushaltsberatung auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung gebracht werden könne, von allen anderen Parteien und der Reichsregierung selbst abgelehnt werden würde, war von vornherein zu erwarten. Denn es läßt sich ja heute gar nicht sagen, wann und — ob ein behandlungsfähiger Haushaltsentwurf zustande kommen wird. Die Zukunft ist noch völlig ungewiß und man wird erst im Frühjahr sehen und sagen können, wie allgemeinwirtschaftlich und daher auch finanziell der Hafe läuft. Und was hätte dann, nach mindestens viermonatiger Tätigkeit, die Reichsregierung überhaupt noch „programmatisch zu erklären“? Die Annahme des nationalsozialistischen Antrages würde also dazu geführt haben, daß sich der Reichstag auf Monate hinaus von jeder irgendwie gearteten parlamentarischen Einflussnahme auf das Tun und Lassen der gegenwärtigen Reichsregierung abgeschaltet hätte. Diese „Isolierung“ wollte der Reichstagskanzler sogar als eine stillschweigende Willigung des Kabinetts und seiner Politik durch den Reichstag betrachten, offenbar im Sinne des Artikels 54 der Verfassung, wonach der Reichstagskanzler und die Reichsminister „zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen“. Dieser Auslegung ihres Antrages haben aber die Nationalsozialisten scharf widersprochen, und wenn man diese ganze Sache vom politischen Standpunkt aus betrachtet, so wäre tatsächlich auch eine wirkliche, eine ausdrückliche „formale“ Entscheidung in der Schwebe geblieben. Das hat die Reichsregierung übrigens auch selbst gefühlt, weil sie erklären ließ, sie halte auch bei einer Verlegung für längere Zeit eine „unzweideutige Klärung“ der Lage für unbedingt erforderlich.

Ob und wie diese erfolgt, wird man freilich erst am Ergebnis selbst sehen können, bis also der Wagen des politischen Geschehens den ganzen Kreis wieder herumgefahren ist. Wird man am 27. Januar wirklich zu dem Entschluß gekommen sein, endlich nach irgendeiner Richtung vorwärtszufahren?

Die nationalsozialistische Horst-Wessel-Kundgebung in Berlin.

Der SA-Aufmarsch am Bülowplatz.

Erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Polizei.

Die Nationalsozialisten hatten für Sonntag vom Bülowplatz aus, wo sich das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus befindet, zum Gedenken an den seinerzeit ermordeten Parteigenossen Horst Wessel einen Aufmarsch beabsichtigt. Von kommunistischer Seite waren Drohungen ausgesprochen worden, daß sie den Aufmarsch nicht ruhig hinnehmen würden. Außerdem ist von kommunistischer Seite zu Gegendemonstrationen aufgefördert worden.

Der Berliner Polizeipräsident hat sich indessen veranlaßt gesehen, mit Rücksicht auf die aufreizende Schreibweise der kommunistischen Presse in den letzten Tagen, durch die die öffentliche Ruhe und Ordnung erheblich gefährdet werde, alle kommunistischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für Sonntag für eine Reihe von Berliner Bezirken zu verbieten.

Darüber hinaus hat am Sonnabend eine Unterredung zwischen dem Reichstagskanzler von Schleicher und dem stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, über die NSDAP-Kundgebung am Bülowplatz in Berlin stattgefunden, in der die Anordnungen des Berliner Polizeipräsidenten nachgeprüft wurden. Es ergab sich dabei kein Anlaß, die getroffenen Entscheidungen zu ändern. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die Polizei alle notwendigen Maßnahmen zu treffen habe, um Zwischenfälle zu vermeiden und Herr der Lage zu bleiben. Die Berliner Polizei war für Sonntag in erhöhte Alarmbereitschaft gesetzt worden.

In parlamentarischen Kreisen maß man der beabsichtigten Kundgebung im Zusammenhang mit den kommunistischen Drohungen besondere Bedeutung zu. Man erinnerte hierbei an die kürzlich erfolgte Warnung der Reichsregierung, daß sie gewillt sei, wenn sich die Terrorakte mehren, zu neuen verschärften Notverordnungen zu greifen.

Die Horst-Wessel-Feier der Berliner Nationalsozialisten.

17 000 SA- und SS-Leute auf dem Bülowplatz. Überall Störungsversuche der KPD. Zahlreiche Verletzte.

Der Aufmarsch der Berliner SA- und SS zur Gedenkfeier am Grabe Horst Wessels und die Aufforderungen der kommunistischen Presse, dem Aufmarsch der Nationalsozialisten auf dem Bülowplatz Widerstand entgegenzusetzen, hatten die Berliner Polizei zu Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt, wie sie in diesem Umfang bisher noch nicht in Berlin zu verzeichnen waren.

Die Nacht zum Sonntag sowie der Sonntagvormittag war in Berlin recht unruhig verlaufen. An zahlreichen Stellen war es zu Zusammenstößen zwischen den politischen Gegnern gekommen. Überall waren einzeln gehende Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mißhandelt worden. Daher waren die gesamte Berliner Schutzpolizei und die Politische Polizei am Sonntagvormittag aufgebogen. Ein großer Teil der Schutzpolizei war mit Karabinern ausgerüstet. Der Bülowplatz war bereits um 11 Uhr vormittags in weitem Umkreis polizeilich abgesperrt. Das Karl-Liebknecht-Haus, auf dem eine große Sowjetfahne wehte, wurde von der Polizei nach Waffen durchsucht und durch eine starke Polizeitruppe besetzt. Jeder Zutritt zum Platz war unmöglich gemacht. Die Annahmestrafen der Nationalsozialisten waren ebenfalls polizeilich stark gesichert. Jeder Zug wurde von mehreren Polizeikraftwagen begleitet.

Mittags spitzte sich die Lage in einzelnen Stadtteilen bedenklich zu. Die Kommunisten versuchten durch Ausstreitung unwahrer Gerüchte die Massen aufzupeitschen. Die Sammelpunkte der Nationalsozialisten waren stellenweise von großen Menschenmengen umgeben, die Schmährufe ausstießen. Immer wieder wurden einzeln gehende Nationalsozialisten und kleinere Trupps von Kommunisten überfallen. Bis gegen 14 Uhr waren etwa 30 verwundete Nationalsozialisten festgesetzt. Der Alexanderplatz wurde schließlich von der Polizei wegen der bedrohlichen Lage vollständig geräumt.

Die Kommunisten versuchten immer wieder Demonstrationen zu bilden. An der Gormannstraße mußte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen, dabei wurden zwei Personen schwer verletzt. Ferner wurde ein Oberwachmeister mit schweren Stichverletzungen in die Universitätsklinik gebracht. Bedrohlich gestaltete sich die Lage vorübergehend in Neukölln und am Götterbahnhof. Hier gab es eine größere Anzahl von Verletzten. In der Grünauer Straße hatten Kommunisten mit Petroleum übergossene Matten angezündet,

die jedoch erst in Flammen aufgingen, als der Zug der Nationalsozialisten bereits vorüber war. Auf der Kolonnenbrücke wurde der Bau einer Barrikade versucht. Auch an anderen Stellen wurden Petroleum-eimer auf die Straße geworfen und angezündet. In der Ackerstraße warf man eine große Anzahl von Müllkästen aus den Häusern.

Hitlers Ansprache bei der Gedenkstein-enthüllung.

Gegen 1/3 Uhr nachmittags standen etwa 18 000 uniformierte Nationalsozialisten auf dem

Bülowplatz mit der Front gegen das Karl-Liebknecht-Haus. Von dort aus erfolgte dann der Weitermarsch zum alten Nikolafriedhof. Alle Wege des Friedhofs, besonders die Umgebung des Grabes von Horst Wessel, waren dicht mit SA-Leuten besetzt.

Bei leichtem Schneefall marschierten immer neue SA-Abteilungen auf, deren Fahnenabordnungen hinter dem Grabhügel aufstellten, der mit Tannengrün und Blumensträußen geschmückt war. Der Gedenkstein war verhüllt. Neben dem Grab hatte der 5. Sturm der Berliner SA, dessen Führer Horst Wessel war, mit umflossenen Fahnen und Standarten Aufstellung genommen. Dann trat Hitler am Grab ein. In seinem Gefolge sah man u. a. den Berliner Gauleiter Dr. Gumbel, die obersten SA- und SS-Führer Röhm und Himmler, den Prinzen August Wilhelm und General Epp.

Nach einem Musikvortrag und einer Ansprache eines Geistlichen nahm Adolf Hitler das Wort. Er bezeichnete Horst Wessel als den Sänger des deutschen Freiheitskampfes der nationalsozialistischen Bewegung, der sich durch sein Lied selbst ein unvergängliches Denkmal gesetzt habe. Hitler schloß: „Meine Kameraden! Halten Sie die Fahne hoch. Der Sänger unseres Liedes ist nicht tot für uns, sein Geist lebt in unseren Reihen fort!“

Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden wurde der Gedenkstein enthüllt. Es ist ein etwa 50 Zentimeter hoher Granitwürfel, auf dem ein in Bronze gearbeiteter Vorbeerkranz und eine gesenkte Fahne ruhen. An der einen Seite trägt der Stein den Namen, das Geburts- und Sterbedatum Horst Wessels und die Inschrift: „Die Fahne hoch!“ Nachdem noch ein Alter Herr des Berliner Corps Normannia kurze Gedenkworte gesprochen hatte, folgte die Niederlegung zahlreicher Kränze, u. a. bemerkte man auch eine Kranzspende des Kronprinzen. Mit dem gemeinsamen Gesang des Horst-Wessel-Liedes und dem Vorbeimarsch der SA-Gruppen am Grab schloß die Feier auf dem Friedhof, die einen vollkommen ungestörten Verlauf nahm. Im Anschluß daran fand vom Bülowplatz aus ein Vorbeimarsch der SA an dem Obersten SA-Führer Hauptmann Röhm statt. Der Aufmarsch vollzog sich in voller Ordnung.

In den frühen Abendstunden kam es dann in allen Teilen Berlins zu neuen Überfällen auf Nationalsozialisten. Nach vorläufigen Schätzungen haben insgesamt etwa 40 Personen Verletzungen erlitten. Die Polizei blieb jedoch überall Herr der Lage und vereitelte jeden größeren Zusammenstoß.

Blutige Schlägerei in Breslau.

In Breslau kam es zwischen kommunistischen Plakatträgern, die Plakate mit der Aufschrift „SA marschiert zur roten Front“ trugen und Nationalsozialisten zu einer Auseinandersetzung, die in eine Schlägerei ausartete. Dabei wurden Gummiknüppel, Messer und Stöcke als Waffen verwendet. Sieben Personen wurden verletzt, darunter einige schwer durch Messerstiche. Die Polizei nahm acht Festnahmen vor.

Bericht des Polizeipräsidenten

über die nationalsozialistische Kundgebung in Berlin.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Horst-Wessel-Feier der NSDAP auf dem Nikolai-Friedhof, wie das Antreten der SA auf dem Bülowplatz ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die gesamte Teilnehmerzahl, die sich am Bülowplatz bereitgestellt hatte, betrug schätzungsweise 16 000 Mann. An der Feier auf dem Friedhof nahmen 500 Mann in Uniform und 300 Zivilisten teil. Der Rückmarsch der NSDAP begann um 15 Uhr. Um 17 Uhr war der Bülowplatz geräumt. Sämtliche Züge haben ohne nennenswerte Zwischenfälle ihre Auflösungsorte erreicht.

Im übrigen kam es heute in einzelnen Stadtteilen zu kommunistischen Demonstrationsversuchen und einer Reihe von Überfällen auf einzelne Personen. Die verbotenen Demonstrationen wurden durchweg ohne Schwierigkeiten aufgelöst. Nur in der Gormannstraße wurden die Polizeibeamten bei der Auflösung eines etwa 1500 Mann starken Zuges angegriffen, so daß sie von der Schusswaffe Gebrauch machen mußten. Dabei wurden anscheinend zwei Kommunisten durch Schüsse verletzt. Sie wurden von den Demonstranten fortgeschafft. Ein Rädelführer wurde festgenommen. Ein Polizeibeamter erlitt leichte Verletzungen. In der Rosenthaler Straße—Ecke Gormannstraße wurde der zurzeit beurlaubte Polizeioberwachmeister Heise, als er in Zivil durch die Straße ging und einem von Kommunisten überfallenem Mädchen beistehen wollte, durch Lungenstiche sowie einen Stich in den Kopf schwer verletzt. Der Beamte konnte zu seiner Verteidigung noch einige Schüsse abgeben, ehe ihm die Waffe entzogen wurde. Durch die Schüsse ist niemand verletzt worden. Der Zustand des Beamten ist zurzeit ernst, aber anscheinend nicht lebensgefährlich.

Insgesamt sind bis 19 Uhr 78 Personen zwangsgestellt. Diese Zahl bleibt unter der Anzahl von Zwangsgestellungen bei einem ruhigen Wahlsonntag erheblich zurück.

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenpiele.

Um die leeren Staatsfächer zu füllen, verfallen die Herren Finanzminister auf die eigentümlichsten Steuern. Abgaben auf Hunde, Katzen und Junggefellern, auf Schnaps, Bier und Ansichtskarten müssen dazu herhalten, das Loch im Steuerfächer zu stopfen. Auf der Suche nach neuen Besteuerungsmöglichkeiten dürften die Finanzgewaltigen nunmehr tatsächlich bald in Verlegenheit kommen. Auch in Frankreich, das bisher von der Weltwirtschaftskrise im großen und ganzen verschont geblieben war, bekommt man jetzt den Irrsinn der von Haß und Rache diktierten Nachkriegspolitik zu spüren. Zehn Milliarden Franc Defizit müssen im französischen Haushalt gedeckt werden; und der Kampf darum, auf welchen Schultern diese Steuerlasten gelegt werden sollen, ist bereits heftig im Gange. Kein Mensch bezahlt gern Steuern, am wenigsten der Franzose, der darauf bedacht ist, sich so schnell wie möglich so viel Kapital anzusammeln, daß er nach Möglichkeit schon im besten Mannesalter als Rentner leben kann. Um nun niemanden mit neuen Steuern wehe zu tun, ist in Paris ein Plan in die öffentliche Debatte geworfen worden, der die Sanierung der Finanzen mit Hilfe einer Staatslotterie vorsieht. Bisher glaubte man allerdings an Pariser Regierungsstellen an dem Grundsatz festhalten zu müssen, daß der Staat aus der Spieltheilnahme seiner Bürger keinen Nutzen ziehen dürfe. Allerdings ist auch dieser Grundsatz schon oft durchbrochen worden, denn wer Paris kennt, der weiß, daß es dort zahlreiche Klubs gibt, in denen die ganze Nacht hindurch eifrig der Spielsucht geströmt wird. Im Kreise der sozialpolitischen Kommissionen ist man nun auf den Gedanken verfallen, eine Lotterie zu veranstalten, deren Erträgnis der Verrückung der Kriegspensionen dienen soll, die in Frankreich bisher sehr großzügig ausbezahlt worden sind, die jetzt aber der schlechten Finanzlage wegen gekürzt werden sollen. Über diesen Vorschlag hinaus wird von dem nationalpolitischen Abgeordneten Taitinger die Idee verfolgt, sogar das ganze Zehnmilliardendefizit mit Hilfe einer Lotterie zu tilgen. Dieser Lotterie will er die zugkräftige Parole geben: „Jeden Tag ein neuer Franzose Millionär“. Nach dem Projekt Taitingers soll täglich ein Los über 1 Million Franc gezogen werden, und jeden Sonntag Trostpreise über je 10 000 Franc zur Verteilung kommen. Damit der Lotteriefinanzierungsplan Taitingers die von ihm veranschlagten Beträge erbringt, müßten freilich 120 Millionen Lose zu je 100 Franc abgesetzt werden, das heißt, jeder Franzose vom Greis bis zum Säugling müßte schon drei Lose kaufen, was einer Kopfsteuer von 300 Franc entspricht. Dabei wären die Gewinnchancen auch erst 1 : 150 000, so daß der Anreiz wohl nicht allzu groß sein dürfte.

Man ist also, wie man sieht, im Planemachen in Paris durchaus großzügig, und diese Großzügigkeit zeigt sich auch immer wieder im politischen Ränkespiel. Eine ständige Figur auf dem Schachbrett der französischen Politik ist ja auch Österreich geworden, das man gar zu gern in irgendeiner Form für alle Zeiten politisch vollkommen erledigen oder zumindest für immer unter die französische Fuchtel bringen möchte. In dieser Richtung gehen auch die Bemühungen nach einer ewigen Neutralisierung Österreichs. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, der von diesen Plänen berichtet, behauptet, daß über diesen Gegenstand bereits vertrauliche Sondierungen oder Besprechungen in mindestens drei Hauptstädten im Gange seien. Die letzte Debatte in der französischen Deputiertenkammer über das Lausanner Protokoll habe den Quai d'Orsay davon überzeugt, daß der Widerstand des Parlaments gegen jede künftige Anleihe für Österreich unüberwindlich sein werde, weil ihr Ansehen angesichts der vorhandenen Anschlußbestrebungen gleich Null sei. Es sei denkbar, daß der neue französische Botschafter in Rom, Henri de Foubert, versuchen werde, Italien für den Plan mit der Begründung zu gewinnen, daß dadurch eine direkte Grenze mit Deutschland vermieden würde. Andererseits erwarte die französische Diplomatie, daß die dauernde Neutralisierung Österreichs Ungarn isolieren und zum Friedensschluß mit der Kleinen Entente und schließlich zur Einigung mit ihr nötigen würde.

Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß hat sich bereit, die Nachrichten über eine Neutralisierung Österreichs in Abrede zu stellen, wobei er erklärte, daß Österreich zu beratigen Verhandlungen nie bereit sein würde. Immerhin ist es ein Verdienst des „Daily Telegraph“, die französischen Absichten rechtzeitig aufgedeckt zu haben, vielleicht ist dies sogar nicht ohne Mithilfe der englischen Regierung erfolgt, die ja glücklicherweise Deutschland gegenüber eine wesentlich freundlichere Politik betreibt, als dies bei Frankreich der Fall ist. Allerdings kann auch die Londoner Regierung sich noch immer nicht von politischen Radelstichen dem Deutschen Reich gegenüber fernhalten. Wie der Deutsche Kolonialverein mitteilt, hat in Deutsch-Ostafrika die englische Mandatsverwaltung vor wenigen Wochen ein Postgesetz vollzogen, das einen Schlag gegen den Mandatscharakter dieses Landes bedeutet. Es wurde auf Anweisung Londons die Post Deutsch-Ostafrikas mit den Postverwaltungen Kenyas und Ugandas zu einem einheitlichen Verwaltungskörper in der Weise verschmolzen, daß die Zentralverwaltung nach Kenya verlegt wird. Damit verliert unser Deutsch-Ostafrika seine Postautonomie und wird in diesem lebenswichtigen Verwaltungsgebiet Bestandteil der englischen Kronkolonie Kenya. Dieses Vorgehen der Engländer sollte im Mandatsauschuß des Völkerbundes und vor allem in der deutschen Öffentlichkeit schärfsten Widerspruch finden. Denn es wird kein Land auf dieser weiten Erde geben, das mit England der Ansicht wäre, gegenüber der Einsparung von 20 000 Mark sei die Preisgabe der Postverwaltung eines selbständigen Staatsgebietes etwas so Nebensächliches, daß man ihre Funktionen bedenkenlos einem Nachbarlande anvertrauen könne. Es muß daher Ziel und Aufgabe deutscher Staatskunst werden, die Zusammenschlüsse der Engländer in Ostafrika, durch die sie schritt- und abschnittsweise zu erreichen suchen, was bisher im ganzen nicht zu erzwingen war, zu verhindern, und darüber hinaus dem deutschen Volkswillen Geltung zu verschaffen, der täglich ruft: „Gebt uns unsere Kolonien heraus!“

„Verfassungsrettung“.

Bedeutende Ausführungen zur Änderung der Verfassung.

Nachdem bereits im November eine Abhandlung „Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen“ von Professor Dr. Zellinet-Heidelberg viel Aufsehen erregt hatte, ist jetzt in dem Januarheft der Monatszeitschrift „Reich und Länder“ eine weitere Abhandlung Professor Zellinets unter dem Titel „Verfassungsrettung“ gefolgt, deren Bedeutung keinesfalls zu verkennen ist.

Professor Dr. Zellinet geht davon aus, daß die durch die Bildung des Kabinetts von Schleicher eingetretene Ruhepause dazu benutzt werden müsse, das Problem der Verfassungsrettung in einem größeren Zusammenhang zu betrachten. Kein Mensch werde auf den Gedanken kommen, in Zeiten eines arbeitsfähigen und arbeitswilligen Reichstags dem Reichspräsidenten die Befugnis zuzubilligen, mittels der Diktatur das Reichswahlgesetz oder das Volksentscheidgesetz zu ändern; aber wenn der Reichstag versage, wenn er stark sei im Verneinen, aber unfähig im Bejahen, dann verwirle er das Recht auf schonliche Behandlung bei Auslegung der präsidialen Diktaturbefugnisse. Es handle sich nur um ganz wenige Verfassungsbestimmungen, an denen die Rettungsarbeit einzusetzen habe. Dem Vertrauenstotum des Reichstags müßte wenigstens für einige Zeit die kabinettführende Kraft genommen werden, dem Reichstag müßte für einige Zeit die Möglichkeit entzogen werden, die Aufhebung einer Diktaturmaßnahme zu erzwingen, der Reichstag müßte durch eine andere Zusammensetzung entradikalisiert werden, und endlich müßte eine Verfassungsänderung den Regierungsdualismus zwischen Reich und Preußen endgültig beseitigen.

Das Ziel der verfassungsrettenden Reform wäre also die Aufrechterhaltung des Artikels 54, nach dem der Reichkanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags bedürfen, und jeder von ihnen zurücktreten müßte, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entziehe, ferner der Artikel 48, in dem es heiße, daß die Maßnahmen der Regierung auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden müßten. Weiterhin müßte der Artikel 22 geändert werden, nach dem die Abgeordneten in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden müssen. Weitere Ziele der verfassungsrettenden Reform seien die Erhöhung des Wahlalters auf fünfundzwanzig Jahre und die Einführung einer Vertretung der Nichtwähler, endlich Ergänzung des Artikels 17 dahingehend, daß der Reichspräsident immer zu gleicher Zeit preussischer Landespräsident sei.

Die glüklichste Form der Verfassungsrettung wäre sicher eine Verfassungsänderung in den Bahnen der parlamentarischen Gesetzgebung, also durch den Reichstag selbst. Wenn der Reichstag sich nach der kurzen gegenwärtigen Atempause aber erneut in der Rolle des Geistes gefallen sollte, der stets verneine, dann werde auch die Frage Verfassungsrettung erneut zu einer brennenden Tagesfrage. Vorbehaltlich einer kritischen Prüfung gebe es vier Möglichkeiten zur Verfassungsrettung: Handhabung der bestehenden Verfassung, Erleichterung einer Verfassungsänderung durch Maßnahmen der Diktatur, subsidiäre Verfassungsmäßigkeit und Rückgriff auf die geschichtlichen Grundlagen der Verfassung. Die einfachste Umgrenzung der Diktaturgewalt des Reichspräsidenten sieht Professor Zellinet darin, daß dem Reichspräsidenten in Anlehnung an das alte Recht des Belagerungszustandes die gesamte vollziehende Gewalt im weitesten Sinne zugebilligt werde.

Die Verfassungsrettung müßte durch Handhabung der bestehenden Verfassung und die Erleichterung der Verfassungsänderung durch Mobilisierung der Nichtwähler versucht werden. Viel wäre schon gewonnen, wenn der Reichstag durch Änderung der Geschäftsordnung ein Mißtrauensvotum und Aufhebungsverlangen erschwerte. Eine wirkliche Gesundung des Reichstages könnte noch im Rahmen der Verfassung durch Mobilisierung der Nichtwähler angebahnt werden. Sollte darüber hinaus eine Verfassungsänderung nötig sein, so solle man es mit einer Änderung des Volksentscheidgesetzes durch Diktaturverordnung im Sinne einer Mobilisierung der Nichtwähler versuchen. Gegenstand der Verfassungsänderung brauchte nur zu sein die zeitweilige Aukertrastsetzung der Artikel 54 und 48, Absatz 5, Satz 2, die Heraushebung des Wahlalters und die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen.

Die Berufe der Reichstagsabgeordneten.

Die allgemeine Aufmerksamkeit wendet sich in diesen Tagen wieder dem Reichstag zu. Eine Übersicht über die Berufsgliederung der Reichstagsabgeordneten nach Fraktionen gewährt sehr bemerkenswerte Einblicke in die Zusammensetzung des neuen Reichstags nach den Berufen seiner Mitglieder. Als Grundlage dienen die von den Abgeordneten selbst für amtliche Zwecke gelieferten Personalangaben, bei denen als Beruf allerdings des öfteren auch die früher einmal ausgeübte Tätigkeit genannt wird. Zur nationalsozialistischen Fraktion zählen danach 58 Angestellte und Arbeiter, 4 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 18 ehemalige Offiziere und ebensoviele Vertreter aus Gewerbe, Industrie und Handel, 17 Berufsbeamte, 13 Angehörige freier Berufe, 10 Schriftsteller und Redakteure, 3 Ärzte und Apotheker, 2 Parteiangestellte, je ein Geistlicher und ein Hochschulprofessor. In der sozialdemokratischen Fraktion werden 80 Mitglieder als Angestellte und Arbeiter aufgeführt, 11 als Schriftsteller, ferner 7 Angehörige der freien Berufe, je 6 Berufsbeamte und Lehrer, 3 Parteivorsitzende bzw. -angestellte, 2 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft und ein Gewerbevertreter; 5 weibliche Abgeordnete bezeichnen sich als Hausfrauen. Von den 100 Abgeordneten der kommunistischen Fraktion haben sich 81 als Angestellte und Arbeiter bezeichnet, 7 sind Schriftsteller und Redakteure, 4 Parteibeamte; außerdem zählen zu der Fraktion 3 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 3 Hausfrauen und 2 Lehrer. In der Zentrumsfraktion ist die Gruppe der Angestellten und Arbeiter mit 18 Abgeordneten vertreten; es folgen 15 Abgeordnete, die zur Land- und Forstwirtschaft zu rechnen sind, 11 Berufsbeamte, 8 Abgeordnete aus Gewerbe, Industrie und Handel, 4 Hochschulprofessoren, je 3 Geistliche und Lehrer sowie je 2 Angehörige der freien Berufe, Parteibeamte und Hausfrauen. Innerhalb der deutschen nationalen Fraktion weisen die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft

sowie aus Gewerbe, Industrie und Handel mit je 12 eine gleich starke Vertretung auf; 10 Abgeordnete sind Berufsbeamte, 5 Lehrer, je 4 Hochschulprofessoren und ehemalige Offiziere und je 2 Schriftsteller bzw. Angehörige freier Berufe. Schließlich zählen zur Fraktion ein Arbeiter, ein Geistlicher und ein Parteiangestellter. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei umfaßt 6 Berufsbeamte, 5 Vertreter der Landwirtschaft, 3 Abgeordnete aus Industrie und Handel, 2 Angestellte und Arbeiter, einen Lehrer, einen Arzt, einen Geistlichen und einen zu den freien Berufen zählenden Abgeordneten. Die Reichstagsabgeordneten der übrigen Gruppen zerstreuten sich hinsichtlich der Berufsangehörigkeit auf die einzelnen Zweige; nennenswert ist dabei noch die Vertretung von Industrie und Handel mit je 5 Abgeordneten bei der Deutschen Volkspartei.

„Unsichtbarer Export.“

Der Nutzen des Fremdenverkehrs.

Reichsverkehrsminister Frhr. von Eß- Rube nach veröffentlicht im „Seimatsdienst“ einen Aufsatz: „Fremdenverkehr nützt allen!“ Der Minister weist darin nach, daß jeder einzelne deutsche Staatsbürger mit dem Gedeihen des Reiseverkehrs in Deutschland persönlich verflochten ist, auch wenn es ihm oft nicht sichtbar wird. Das Hereinströmen von Millionen von Devisen nach Deutschland durch zahlreiche ausländische Touristen nennt der Reichsverkehrsminister einen „unsichtbaren Export“, der gegenüber dem sichtbaren den unschätzbaren Vorzug habe, daß Deutschland teure Rohstoffe für den Verzehr unserer Sebenswürdigkeiten und den Genuß unserer Heil- und Erholungsschätze nicht als Gegenwert einzuführen brauche. Durch die Devisenbestimmungen der verschiedenen Länder habe der Ausländerbesuch leider eine starke Verminderung erfahren. Es liege im Interesse jedes einzelnen Deutschen, daran mitzuwirken, das Ergebnis der deutschen Fremdenverkehrsbilanz aktiv zu gestalten.

Ausführlich beschäftigt sich der Minister auch mit der Möglichkeit des innerdeutschen Reiseverkehrs. Für die deutsche Wirtschaft seien Erwägungen über das Reiseziel in der heutigen Zeit der Not keineswegs gleichgültig. Jeder sollte sich vor Antritt seiner Reise überlegen, welchen Volksgenossen er sein Geld bringen will. In dieser Hinsicht verdienen aus nationalen Gründen die schwerbedrängten Grenzgebiete, in denen die Beherbergung und Bewirtung von Fremden nicht selten der letzte Rettungsanker vor dem Ruin ist, alle Förderung. Deutschlands Umsätze im Reiseverkehr (Zin- und Ausländerverkehr) hat man in normalen Jahren auf etwa 1,75 Milliarden Mark errechnet. Es gibt kaum einen Erwerbszweig, der durch diesen Verkehr nicht befruchtet würde. Die Sonne des Fremdenverkehrs, so schließt der Minister, strahlt nicht nur über die reinen Bäder und Kurorte, die allein von ihm leben, sie wirft ihre fruchtbringenden Strahlen auch über die großen und kleinen Städte, und wenn sie kräftig und ausgiebig scheint, so gedeiht die ganze Wirtschaft. Fremdenverkehr nützt allen!

Die warme Stube.

Mit zunehmender Kälte gewinnt die behagliche warme Stube für jedermann mehr und mehr an Bedeutung. Wer sich in Wohn- und Arbeitsräumen der Segnungen einer Zentralheizung erfreut, dem wird diese Frage weniger wichtig sein, da er an der Durchwärmung der Räume nicht direkt beteiligt ist, und die Vorschriften für Zentralheizungen von Sachverständigen erlassen und von besonders dafür ausgebildeten Heizern durchgeführt werden müssen. Anders liegt der Fall dort, wo es sich um Beheizung durch Ofen handelt, deren Versorgung in den Händen der Hausfrau oder der Hausangestellten liegt. Die Ansichten über das, was man unter einer „warmen Stube“ zu verstehen hat, gehen dabei häufig stark auseinander, und da von der ausreichenden Durchwärmung der Zimmer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des einzelnen abhängig ist, ist wohl der Arzt hierbei in erster Linie berufen, ein sachverständiges Wort mitzusprechen.

Die Beheizung eines Raumes ist notwendig, um die menschliche Körpertemperatur gegen den Wärmeverlust, der durch die Umgebung dauernd bedingt ist, zu schützen. Im Winter vermögen Nahrung und Kleidung dies nicht in ausreichendem Maße, so daß die Beheizung eine Frage der Gefunderhaltung des Organismus darstellt. Welche Temperatur ein Zimmer haben muß, hängt von den verschiedenen Umständen ab, nämlich ob der Raum als Wohn- und Arbeits- oder als Schlafzimmer benutzt wird, ob Erwachsene oder Kinder, ob Gesunde oder Kranke sich darin aufhalten. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß zweckmäßigerweise die Temperatur im Kinderzimmer ungefähr 17–20 Grad Celsius betragen wird. Für einen Wohnraum gelten 17–18 Grad, für einen Schlafraum von gefunden erwachsenen Personen 13–14 Grad Celsius im allgemeinen ausreichend. Die Wärme in den Arbeitsräumen muß der jeweiligen Beschäftigung angepaßt werden. Im Krankenzimmer wird man für eine Temperatur von 17–20 Grad sorgen müssen. Da die warme Luft im Zimmer in die Höhe steigt, so wird in all denjenigen Fällen, in denen ein Zimmer über einem Keller oder einem nicht geheizten Räume liegt, leicht Kufälle entstehen und damit die Gelegenheit für Erkältungskrankheiten gegeben sein. Der zweckmäßigste Schutz dagegen besteht im Legen von Teppichen oder Fußmatten bzw. im Bedecken der Füße mit einer Decke. Wichtig ist es ferner, in jedem beheizten Raum für ausreichende Lüftung zu sorgen. Hierbei kommt es weniger darauf an, längere Zeit frische Luft ins Zimmer zu lassen, als vielmehr darauf, daß man häufiger und kürzer, mindestens morgens und abends, für je fünf bis zehn Minuten der frischen, kalten Luft Zutritt läßt.

Der Schlafraum des gefunden Menschen sollte möglichst nie geheizt werden. Auch sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die Gewöhnung an ein Schlafen bei offenem Fenster eine zweckmäßige und gesundheitsfördernde Maßnahme darstellt. Sie eignet sich natürlich nicht für alle diejenigen, die an rheumatischen oder ähnlichen Erkrankungen leiden.

Zwischen Dreikönigstag und Lichtmeß.

Endlich ist es Winter geworden. Es war auch Zeit, daß der Januar wenigstens in seiner zweiten Hälfte die fällige Winterkälte brachte. Der altdeutsche Name des Monats Januar ist Hartung, der als richtiger Wintermonat alles hart gefrieren lassen soll. Nach alter Bauernregel heißt es: „Ist der Januar sehr kalt, kommt der

fast einheitliche Stimmung im Ausschuss ging dahin, daß für den kaum noch zu vermeidenden Bruch die japanische Regierung allein verantwortlich zu machen sei.

In Tokio erklärte der japanische Kriegsminister: Selbst für den Fall, daß der 19er-Ausschuss oder andere Völkerverbände Entschlüsse gegen Japan annehmen würden, bestünde noch keine Notwendigkeit, daß Japan deshalb den Völkerverbund verlasse. Die japanische Regierung könnte dann „andere Maßnahmen“ treffen, um die Entschlüsse nicht zu erfüllen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. Januar 1933.

Wir gehen auf den Ball!

Ganz vermeiden wird sich das ja wohl nicht lassen, denn die meisten von uns haben jetzt einen Ball, auf den sie unbedingt gehen müssen. Ob man das nun Fasching nennen will, oder ob man schlechthin von Ballsaison spricht — an der Sache selbst ändert das nichts. Sicher ist, daß eine Hochflut von Bällen, Kränzchen und anderen Tanzvergnügen hereingebrochen ist, und daß man als Kultur- und Kulturmenschen hierüber nicht ohne Bedenken sein kann. Mutter mitmacht und über Anstand und Sitte der fälschlicherweise Kinder zu wachen hat, oder ob man persönlich zu dem tanzen den Teufel der Menschheit gehört und infolgedessen selbstverständlich hingeht.

Bald nach Weihnachten, mindestens aber bald nach Neujahr fängt es an, erst zaghaft und tastend, bald aber mit Pauken und Trompeten loszugehen. Die Bälle in der Großstadt, die zu gewissen Zeiten beinahe als Epidemie auftreten, sind im allgemeinen riesige „Amüsierbetriebe“, auf denen sich kein Mensch amüsiert. Man geht hin, zahlt ein nach der Bedeutung des Balles gestaffeltes Eintrittsgeld oder auch nicht, stellt fest, daß man eigentlich an keinem der anderen Besucher ein besonderes Interesse hat, weil man fast keinen kennt, dreht sich ein paarmal mit wilsfremden Damen oder Herren im Kreise oder auch nicht und geht oder fährt dann müde und abgegrannet, als wenn man Zentnergewichte gehoben hätte, nach Hause. Für heute Schluß, aber morgen fängt es genau so an und hört es genau so auf, denn es gibt in der großen Stadt jeden Abend Dutzende von Bällen, auf denen man eigentlich nichts zu suchen hat, und auf die man trotzdem geht, weil eben „Ballsaison“ ist!

Und nun der kleine Ort? Wie anders wirkt dies Zeichen auf uns ein! Der kleine Ort hat zwar auch seine „Ballsaison“, weil jeder Verein im Winter sein „Vergnügen“ haben möchte, aber zu einer Last und einer Plage entwickelt sich das in keinem Falle, und alles geht so nett und gemütlich zu, daß man seine Freude daran haben muß. Es gibt eben nicht in jeder Woche eine ganze Serie von Bällen, sondern immer nur Bälle in angemessenen Abständen, Bälle, die sich über den ganzen Winter verteilen und nicht in solcher Fülle austauschen, daß man darüber den Kopf verlieren muß. Ob die Schützen einladen oder die Keglerbrüder, ob der Turnverein oder der Gesangsverein tanzen lassen will, ob die Tennisspieler oder die Fußballer etwas arrangieren, ob die alten Krieger zur Polonaise der guten alten Zeit aufmarschieren möchten — es ist immer alles in schönster Ordnung, und kein Mißton stört die Harmonie. Und schon darum ist das so, weil einer den anderen und natürlich auch die andere kennt oder doch beinahe, und weil man infolgedessen unter sich ist, so daß von Steifheit und Frostigkeit nicht die Rede sein kann. Der notwendige Kontakt ist bald hergestellt, und spätestens um Mitternacht ist alles ein Herz und eine Seele. Von einem mühsam angefurbelten „Amüsierbetrieb“ kann hier nicht geredet werden, denn hier amüsiert man sich wirklich, und wenn der Ball oder das „Vergnügen“, wie man noch richtiger sagt, aus ist, macht man schon Pläne für das nächste, das vielleicht vier Wochen später stattfindet; denn zu dem Vereinsvergnügen des Statklubs muß man natürlich auch hin... das wäre ja noch schöner, wenn man gerade dort fehlen sollte!

Wir gehen also jetzt unbedingt auf den Ball, wenn einer ist! Es ist die richtige Zeit dafür, und das bishigen Vergnügen als bescheidene Unterbrechung des großen Mißvergnügens, in dem wir sonst herumplanzen, lassen wir uns auf keinen Fall nehmen oder gar verlästern!

Die Handwerkslehre.

Viele der jungen Leute, die zu Ostern die Schule verlassen, haben sich ein Handwerk als Lebensberuf erwählt. Sie und ihre Eltern müssen wissen, daß das Handwerkslehrlingswesen in der Reichsgewerbeordnung und in ergänzenden Vorschriften näher geregelt ist, und daß Verträge gegen diese Vorschriften, die hier und da noch vorkommen, je schwerer schädigen können. Der Lehrherr ist in solchem Falle strafbar, der Lernende ist aber unter solchen Umständen ungleich härter betroffen. Er läuft Gefahr, daß ihm die unregelmäßige Ausbildungszeit nicht auf die Handwerkslehre angerechnet und ihm später die Zulassung zur Gesellenprüfung verweigert wird.

Es gilt, sich davon zu überzeugen, daß der Lehrmeister (die Lehrmeisterin) die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzt. Der Ausweis hierüber ist entweder eine vom Stadtrat oder Kreisamt ausgestellte Urkunde oder das Zeugnis über das Bestehen der Meisterprüfung. Es muß weiter ein Lehrvertrag unter Benutzung vorschriftsmäßiger Formulare abgeschlossen werden. Ein Vormund bedarf zum Abschluß des Lehrvertrages im Regelfalle der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes. Die eine Ausfertigung des Lehrungsvertrages ist zur Verlesung der Handwerkskammer oder der Innung einzureichen. Im Arbeitsbuch muß der Eintritt in die Lehre unter der ausdrücklichen Bezeichnung des Knaben oder Mädchens als Schlosserlehrling, Schneiderlehrling usw. vermerkt werden.

Endlich ist das Augenmerk auch darauf zu richten, daß die Zahl der im Betriebe des Lehrherrn beschäftigten Lehrlinge nicht etwa mit den Bestimmungen über die Höchstzahl der in einem Betriebe gleichzeitig zu haltenden Lehrlinge in Widerspruch steht. Diese Höchstzahl ist in den einzelnen Handwerken verschieden.

* Zusammenschluß aller Arbeitsdienstverbände. Die Führung hat Stadtrat Mahnkens-Hagen. Vor einigen Tagen ist in Westfalen und im Rheinland eine Arbeitsgemeinschaft aller Verbände zustande gekommen, die als Träger des Dienstes im freiwilligen Arbeitsdienst arbeiten und Lager unterhalten. Es handelt sich dabei um folgende Dienstträger-Verbände:

Ev. Landesbeauftragter mit allen angeschlossenen Verbänden, Kathol. Reichswerk, Christl. Gewerkschaften, Sozialer Dienst, Stahlhelm, D.V., Jungde. Orden, Deutsche Turnerschaft, Westdeutscher Spielverband, Studentenchaft und Studentenwerk, Technische Hochschule, Mittelstelle (einschl. Bündischer Arbeitsdienst). Dazu kommt noch für Rheinland der Reichsbund für Arbeitsdienst. Eine ganze

Reihe weiterer Verbände werden ausdrücklich durch die oben bezeichneten Verbände vertreten. Es ist sehr erfreulich und ein Zeichen der Bildung der wahren Volksgemeinschaft sowohl, wie für den außerordentlichen Wert des freiwilligen Arbeitsdienstes gerade in dieser Beziehung, daß die Verbände trotz ihrer weltanschaulichen und politischen Unterschiede sich zusammengefunden haben. Es ist nicht zuletzt das Verdienst des westdeutschen Stahlhelmführers Stadtrat Mahnkens, diese Arbeitsgemeinschaft weit vorausschauend vorbereitet und in unermüdlicher zäher Energie durchgeführt zu haben. Mahnkens kämpft schon seit vielen Jahren um Idee und Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Er hat als erster grundsätzlich und systematisch Voraussetzungen und Erfahrungen, Sinn und Aufgabe des freiwilligen Dienstes herausgestellt und formuliert. Da Mahnkens mit dem Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft in Rheinland und Westfalen, gleichzeitig auch den Vorsitz der Landesarbeitsgemeinschaft für den freiwilligen Arbeitsdienst im ganzen Reich führt, darf man sicher sein, daß die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes der Grundidee, der Bildung der Volksgemeinschaft, der Volks-erziehung entsprechend gestaltet wird.

* Stadttheater Hagen. Wochenplan vom 23. bis 29. Januar 1933. Montag, 23. Jan., 20—23 Uhr „Tango um Mitternacht“, Operette. — Dienstag, 24. Jan., 20—22, „Stöpsel“, Schwanf. Mittwoch, 25. Jan., 20—22, „Der Bajazzo“, Oper. „Gianni Schicchi“, Oper. Donnerstag, 26. Jan., 20—22, 30 Uhr, 1. Veranstaltung der Sondernette, „Mensch aus Erde gemacht“, ein Stück von Griesse. Freitag, 27. Jan., 20—23, 1. Gastspiel Willy Störing, Staatsoper Berlin, in neuer Einstudierung „Tannhäuser“, Oper. Samstag, 28. Jan., 20—22, 30, Volksvorst. f. auswärtige Besucher, auf vielfachen Wunsch „Die endlose Straße“, ein Frontstück in 4 Bildern. Sonntag, 29. Jan., 11, 15—12, 45, „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel. — 15—17 „Stöpsel“, Schwanf. — 19, 30—23, 2. Gastspiel Willy Störing, Staatsoper Berlin, „Tannhäuser“, Oper.

Halver

Eisport und Eisfest in der Herpine.

Der Strandbadderein Halver e. V. Herpine hatte für den gestrigen Sonntag ein großes Eisfest arrangiert. Ein winterlicher Sonntag hatte Jung und Alt hinausgelockt um sich das buntenbewegte Bild auf der großen Eisfläche in dem idyllisch gelegenen Tal der Herpine anzusehen oder selbst die blanken Eijen unterzuschrauben und im schönen Schwingen über die große Eisfläche zu flitzen. Kurz nach Mittag setzte die Wanderung ein, die Zugangsstraßen waren ständig belebt, denn bei der starken Kälte zog es manchen, nach ein paar Stunden Aufenthalt vor, sich für einige Zeit nach Hause hinter den warmen Ofen zu begeben. Das vorgegebene Programm wurde in muster-gültiger Weise durchgeführt. Kunstläuferinnen und -läufer aus Radevormwald und Remscheid zeigten sich in graz-ösen Windungen, Läufen und Drehungen. Es war eine Lust diese Menschen auf ihren Schlittschuhen dahinfliegen zu sehen. Für die Kleinen gab es ein Wettlaufen; die drei ersten Läufer erhielten ein Geschenk. Für die Großen war ein Wettgelenken vorgegeben. Zwei Mannschaften, die eine aus Radevormwald, die andere aus Remscheid, trugen ein Hockey-Spiel vor, welches Remscheid mit 3 zu 1 Tore gewann. So war für mannigfache Unterhaltung gesorgt. Der grimmige Nordostwind ließ ein langes Verweilen ohne Betätigung nicht zu, aber auch hier hatte der Verein Vorkehrung getroffen. In dem Erfrischungsraum des Badehauses gab es heiße Getränke aller Art und der gut-geheizte Ofen spendete wohlthuende Wärme dazu. Am Abend wurde die große Eisfläche durch 6 Bogenlampen hell erleuchtet. Man staunte und glaubte sich in einen Kurort versetzt bei diesem schönen Lichterglanz. So ist der erste Sonntag, wo dem gesunden Eisport gehuldet werden konnte, dahin, und nach den Wetterberichten wird das Frostwetter noch eine zeitlang anhalten, so daß sich die Jugend noch nach Herzenslust auf dem Eise tummeln kann. Zur Unterhaltung hatte die Radiofirma Gebr. Turck, hier selbst, zwei Großlautsprecher aufgestellt, die auf der Eisfläche wie im Erfrischungsraum Musik auf Schallplatten gaben. — Eines Mannes, darf bei der Schaffung dieser schönen Anlage, nicht vergessen werden, nämlich des Herrn Herm. Sander, der in 1800 Stunden mit seltenem Fleiß und Eifer an der Schaffung dieser Anlage im freiwilligen Arbeitsdienst mitgeholfen hat. Der Vorsitzende, Herr W. Lemmer ehrte ihn am gestrigen Tage in entsprechender Weise und stellte seine Schaffensfreude der Jugend als leuchtendes Beispiel vor Augen.

Schalksmühle

* Der evangelische Männer- und Jungmännerverein Schalksmühle, der in diesem Jahre auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblickt, hielt im Konfirmandensaale seine dies-jährige Jahreshauptversammlung ab, die mit Gesang und Gebet eröffnet und vom 1. Vorsitzenden Pfarrer Schmalenbach geleitet wurde. Den Jahresbericht verlas der Schrift-führer Fritz Midenhagen und die Niederschrift der letzten Versammlung. Beide wurden für gut befunden. Danach gab der Kassierer W. Wähler den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse können als gut bezeichnet und dem Kassierer Entlastung erteilt werden. Vom Vorstand schied aus der 2. Vorsitzende Karl Stih und der 1. Schrift-führer Fritz Midenhagen. Beide wurden durch Zuruf wie-dergewählt. Ausgewählt wurde zum 2. Schriftführer W. Korthaus. Die Feier des 50-jährigen Bestehens soll in Ver-bindung mit dem Kreisfest am 25. Juni festlich begangen werden. Der Bundeswart Pfarrer Juhl ist bereits als Festprediger gewonnen worden. Am 19. Februar soll im Kriegeskortesch Saale eine Familienfeier im aktiven und passiven Mitgliederkreise veranstaltet werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Pfarrer Schmalenbach mit Gebet die harmonisch verlaufene Ver-sammlung.

* Der MSB. Rothhausen bei Schalksmühle hielt seine Jahreshauptversammlung im Vereinslokalen Hüfner, Rothhausen ab unter Leitung des 1. Vorsitzenden Otto Stuhldreher. Aus dem inhaltreichen Jahresbericht ist be-sonders die große Regsamkeit des Vereins im verfloffenen Jahre mit den auf zwei besuchten Wettstreiten erzielten einzig dastehenden Erfolgen, die in erster Linie der muster-gültigen musikalischen Leitung des Konrektors D. Palmer aus Halver zuzuschreiben sind. Nach dem Bericht über die Kassenlage des Kassierers und erfolgter Entlastung er-zielte wurde der Vorstand in seiner Gesamtheit wiederge-wählt. Der Besuch eines Gesangswettstreits in diesem Jahre wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen soll bereits im Mai eine Sängerfahrt an den schönen, deutschen Rhein unternommen werden. Im Februar wird das Winterfest in althergebrachter Weise in Grünbaum gefeiert werden. Der Verein steht gegenwärtig auf gut fundierter Grund-lage und seine Leistungen berechtigen auch weiterhin zu den besten Hoffnungen.

Breckerfeld

—f Nichtfest zur Fertigstellung des Strandbades in Breckerfeld. Nach mühevoller monatelanger Arbeit unter Leitung von Baumeister Simon konnten die Mitarbeiter am Strandbad in der Schreinerwerkstatt von Willy Kind am vergangenen Samstag ihr Nichtfest feiern. An Humor und Gemütlichkeit fehlte es nicht, zumal auch von verschiede-nen Anwohnern zufriedenstellenderweise das edle Raß gespendet wurde. Bis zum Eintreten des Frostes sind sämtliche Vorarbeiten abgeschlossen und wird mit dem Er-wachen der Frühlingssonne der noch fehlende Teil ergänzt werden.

Kierspe

—s Kirchliches. Die neu gewählten Presbyter wur-den, soweit sie dem Presbyterium bisher noch nicht ange-hörten, am vergangenen Sonntag während des Gottes-dienstes in ihr Amt eingeführt, und zwar: Bahnhofsvor-steher Paul Otto, Kierspe-Vhf., Fabrikant Albert Kattwin-fel, Kierspe-Vhf. und Landwirt Heinrich Rosenfranz, Born-berg. Anschließend fand eine Sitzung des Presbyteriums statt.

—s In der Jahresversammlung des MSB. „Sänger-bund“, die am Sonntagabend stattfand, ge-dachte der Vorsitzende Schaefer eingangs in ehrenden Wor-ten des im vergangenen Jahre verstorbenen inaktiven Mit-gliedes Hugo Vollmann, zu dessen Ehren die Anwesenden sich von ihren Sigen erhoben. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß 2 Generalversammlungen abgehalten wur-den und 50 Chorstunden stattgefunden haben. An sämt-lichen Proben haben die Mitglieder Fritz Kubbier sen., Wilhelm Kubbier, Wilhelm Schneider, Hugo Kolbe und Fritz Schaefer teilgenommen. Damit haben Wilhelm Schneider 5 Jahre, Fritz Kubbier sen. 4 Jahre und Wilhelm Kubbier 2 Jahre hintereinander keine Chorstunde veräumt. Der Vorsitzende richtete an diese Sänger noch besondere Worte der Anerkennung. Der Verein hat am Volkstrauertage am Denkmal gesungen, bei der Jubelfeier des MSB. Volle mitgewirkt, gelegentlich der goldenen Jubelfeier der Kiersperer Feierv. Feuerwehr bei der Fahnenweihe am Denk-mal und anschließend im Konzert eine Anzahl Chöre vorge-tragen, an dem Wettstreit des MSB. „Wiesengrund“ Wie-belsaat teilgenommen, am Totensonntag in althergebrachter Weise auf dem Friedhof gesungen, während eine wohlge-lungene Silvesterfeier einen würdigen Abschluß des Ver-einsjahres bildete. Für 25-jährige aktive Mitgliedschaft wurden Hugo Alte und Wilhelm Frettlöb zu Ehrenmit-gliedern ernannt. Aus dem von dem Kassierer Wilhelm Junke erstatteten Kassenbericht ging hervor, daß infolge der Ungunst der Verhältnisse der Kassenbestand eine Ein-buße von RM 175.— erlitten hatte. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Fritz Schaefer, 2. Vorsitzender Wilhelm Schneider, 1. Schriftführer Fritz Kubbier sen., 2. Schriftführer Hermann Hühn, Kassierer Wilhelm Junke, Bücherwarte Hugo Kolbe und Wilhelm Kruse. In Bezug auf die Beitragserhebung soll ver-ucht werden, mit den bisherigen Sätzen — 3.— RM pro Jahr für passive, und 50 Pfg. pro Monat für aktive Mitglie-der — zurecht zu kommen, um keine Mitglieder zu ver-lieren, trotzdem der Verein h.erm. sein Auskommen nicht findet. Es wird aber erwartet, daß diejenigen Mit-glieder, denen es nur eben möglich ist, einen etwas höheren Beitrag aus freiwilligen Stücken bezahlen. Hierzu erklärten sich in der Versammlung schon eine Anzahl Sän-ger bereit. Von dem Besuch eines Wettstreites will man in diesem Jahre Abstand nehmen. Dagegen soll aber im Spätsommer das Stifungs-fest gefeiert werden. Am Him-melfahrtsmorgen wird der Verein einige Lieder im Freien vortragen. Wegen einem Unterhaltungsabend sollen Mög-lichkeiten in Erwägung gezogen werden. Mit der Beipre-chung einer Reihe kleinerer Angelegenheiten wurde die Tagesordnung erschöpft, und schloß der Vorsitzende gegen 12 Uhr die äußerst anregend verlaufene Besprechung mit einem Hoch auf den deutschen Männergesang, worauf der Verein noch unter Leitung des anwesenden Chorleiters Krüger das „Westfalenlied“ von Diebichs vortrug.

—s Eisport. Der Eisport ist bei uns wieder zu Ehren gekommen. Während in den letzten Jahren dieser Sport, der in gesundheitlicher und ideeller Beziehung immer noch mit an der Spitze jeglicher sportlichen Betä-tigung steht, infolge Fehlens einer geeigneten Eisbahn vernachlässigt worden war, ist diesem Uebelstande nunmehr seit der Erschaffung des Strandbades abgeholfen. Das Strandbad gibt eine sehr schöne Eisfläche ab und erfüllt damit im Sommer gleichwohl wie im Winter seinen Zweck. Für die Sportler ist auf dieser Fläche ausreichende Ge-legenheit zur Betätigung gegeben und wurde hier von be-sonders am letzten Samstag und Sonntag ausgiebig Ge-brauch gemacht. Den ganzen Tag über war die Eisfläche belebt. Und das ist ja gerade das Schöne bei dem Eisport, daß Jung und Alt beiderlei Geschlechts sich daran be-tätigen können.

Kierspe-Vhf.

—h Der Stenographenverein „Sto-z-Schrey“ veran-staltete aus Anlaß seines 20-jährigen Bestehens am Sam-s-tag, den 21. cr. im Lokale des Herrn W. Beder, Schnör-renbach einen gemütlichen Abend. Nachdem der 1. Vor-sitzende Herr Walter Crummenel nach begrüßenden Wor-ten auf den Werdegang und die 20-jährige Geschichte des Vereins kurz eingegangen war, wurde die Feier mit einem flotten Marsch eröffnet. Im Laufe des Abends wechselten in bunter Reihenfolge die verschiedensten musikalischen Darbietungen mit gut vorgetragenen Couplets miteinander ab. In bester Stimmung ging der Abend schnell dahin und nach ernster Arbeit wurden den Mitgliedern Stunden bereitet, die noch lange im Gedächtnis aller zurückbleiben werden, die dieser Feier beiwohnten. Der Verein, der im Jahre 1913 gegründet wurde, hat im Laufe der Jahre viele frucht-bringende Arbeit geleistet und manchem Kaufmann in der Fortbildung seines Wissens geholfen. In letzter Zeit wurde der Arbeitsplan noch insofern umgestellt, als man der all-gemeinen Ansprüche folgend, die Einheitssturzschrift ein-führte und für die Erlernung derselben entsprechende Kurse einrichtete.

Lüdenscheid. Feuer am Ringofen. Gegen 6 Uhr brach in dem Schuppen, der den Baracken am alten Ringofen in der Parkstraße vorgebaut ist, auf bisher ungeklärte Weise Feuer aus. An den Holzteilen fand das Feuer reiche Nahrung, so daß die herbeigerufenen Feuer-wehr mit drei Schlauchleitungen arbeiten mußte. Bei der scharfen Kälte eine unangenehme Aufgabe. Es gelang, die Unterkunftsräume vor dem Feuer zu retten und den Brand auf dem Schuppen zu beschränken.

yn. Hagen. Kleine Ursache — große Folgen. Für 5 RM ein Jahr Zuchthaus. Eine Frau Helene B. von hier hatte

auf der Elberfelderstraße eine Damenhandtasche mit 5 RM Inhalt gefunden und diese Tasche nicht dem Fundbüro abgeliefert. Die Folge davon war ein Strafverfahren wegen Unterschlagung und Fundunterschlagung. In der Hauptverhandlung am 8. Oktober wurde die Angeklagte mangels Beweises freigesprochen, weil die geladene Zeugin nichts Bestimmtes bekunden konnte. Sie wies auf eine Nachbarnsrau hin, die die gefundene Tasche gesehen haben soll. Der Vertreter der Anklage legte gegen das freisprechende Urteil aber Berufung ein. Nun mußte die Angeklagte befürchten, daß die genannte Frau in der Berufungsinstanz als Zeugin gehört werde. Sie schrieb derselben einen Brief und bat, für sie günstig auszusagen. Dieser Brief sollte nun schwere Folgen haben. Sie wurde wegen Verleitung zum Meineid unter Anklage gestellt. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht konnte sie die Existenz des Briefes nicht bestreiten. Sie wurde zu der Mindeststrafe — ein Jahr Zuchthaus — verurteilt. Das Gericht legte der Angeklagten nahe, ein Gnadengesuch einzureichen, damit die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt werden kann.

Hagen. Die Hagen-Schweimer Metallindustrie erneut tariflos. Raum war es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, den seit vielen Wochen in der Metallindustrie bestehenden Tarifstreit durch einen Vergleich zu beenden, als jetzt bekannt wurde, daß der Märkische Arbeitgeberverband seine Unterschrift unter dem Vertrag zurückgezogen hat. Damit sind die neu vereinbarten Rahmen-, Arbeitszeit- und Urlaubsabkommen sowie der Lohn- und Tarifhinfallig geworden. In einem Schreiben an die Gewerkschaften hat der Arbeitgeberverband die Anerkennung seiner Auffassung gefordert, daß die Firmen berechtigt sein sollten, alle über tariflichen Verdienste abzubauen. Dieses Ansinnen wurde von den Gewerkschaften abgelehnt; sie wollen nunmehr endgültig den staatlichen Schlichter über den Tarifkonflikt entscheiden lassen.

pn. Westhofen. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung. Der bedauernde Unfall am 6. Oktober d. J., wobei 2 Menschen tödlich verunglückten, hatte gestern vor dem Schöffengericht in Hagen ein Nachspiel. Angeklagt war der Kaufmann Leo S. aus Köln-Lindenthal, der den Unglückswagen steuerte. Am genannten Tage befand sich der Angeklagte von Westhofen kommend, auf der Fahrt nach Hagen. Er benutzte die Kreisstraße Hagen-Schwerte. Bei Willigst, ungefähr 200 Meter vor der Ruhrbrücke kamen ihm der Schneidermeister Johann Gundlach und der Eisenbahnpensionär Heinrich Färber, beide aus Schwerte, entgegen. Ungefähr 20 m vor den beiden plachte plötzlich an dem Kraftwagen des Angeklagten der Reifen des Vorderrades. Der Wagen sackte nach links ab, der Angeklagte warf schnell den Wagen nach rechts herum, dieser kam aber ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Durch den Anprall wurde der Angeklagte bewußtlos und so rannte der Wagen auf die beiden Fußgänger zu, dabei wurde Gundlach vom linken und Färber vom rechten Kotflügel ergriffen und mitgeschleppt. Führerlos fuhr der Wagen die 3 Meter hohe Böschung hinunter und noch 35 Meter weit auf die Ruhrwiesen und kam knapp vor dem Flußbett zum Stehen. Der Angeklagte war inzwischen wieder zu sich gekommen, hatte aber von dem schrecklichen Unglück selbst nichts gesehen und erfuhr nun, was geschehen. Er selbst trug eine schwere Gehirnerschütterung und verschiedene Rippenbrüche davon. Straßenpassanten leisteten sofort die erste Hilfe. Färber war sofort tot, Gundlach starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Sämtliche Zeugen des Vorfalls hatten den Knall gehört, dann erst kam der Wagen ins Schleudern. Die Sachverständigen sprachen sich dahin aus, daß der neue Reifen auf der Fahrt einen harten Gegenstand angestoßen haben muß, wodurch der Reifen beschädigt wurde. Auf der Weiterfahrt habe sich der Reifen erweitert und so sei es ohne Schuld des Angeklagten dazu gekommen, daß der Reifen plakte, leider nun gerade in dem Augenblick, als die beiden Fußgänger die Stelle passieren mußten. Da es sich um eine Autostraße handelte, die vollständig frei gewesen sei, andererseits die Fußgänger ruhig ihres Weges gingen und dem Angeklagten die ganze Straßenseite zum Ausweichen zur Verfügung stand, hätte er keine Veranlassung gehabt, seine Geschwindigkeit beim Herannahen der Fußgänger zu vermindern. Der Angeklagte trägt an dem Unglück, das auf unvorhergesehene Zufälle zurückzuführen sei, keine Schuld. Das Gericht schloß sich auf Grund der Beweisaufnahme dieser Auffassung an und erkannte auf Freispruch.

Gelsenkirchen. Räuber schießen Chauffeur nieder und erbeuten 3000 RM. Im Hof-Süd wurde Samstag ein Chauffeur, als er seinen Wagen verlassen wollte, von Räubern niedergeschossen und schwer verletzt. Die Räuber ergriffen mit dem Lieferwagen die Flucht. Sie entkamen mit 3000 RM Beute, die sie in einer Aktentasche auf dem Lieferwagen liegen hatten.

Bielefeld. Bundestagung ehemaliger Kriessgefangener. Die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands hält ihre Bundestagung vom 5. bis 8. August d. J. hier ab und die diesige Ortsgruppe hat die Vorarbeiten übernommen. Delegierte aus ganz Deutschland sowie des Auslandes werden zu dieser Tagung erwartet. Infolge der Notzeit wird die Zusammenkunft eine reine Arbeitstagung werden, auf der interne Organisationsfragen zur Beratung kommen sollen.

Düsseldorf. Ein Reh durchschwimmt den Rhein. Zwischen dem Düsseldorfer Wasserwerk und Grimlinghausen durchschwamm vor einigen Tagen ein Reh den Rhein. Es hat aber anscheinend an seiner Freiheit keine rechte Freude gehabt. Gestern vormittag stellte es sich beim Stützerhof bei Uedesheim ein, wobei es große Reue zeigte, freiwillig in den Guts Hof zu kommen. Die Menschen, die es in den Hof hineinzutreiben versuchten, schienen ihm nur wenig Angst einzufloßen. Aber als dem Reh eine Kasse über den Weg lief, da schien es abergläubisch zu werden und kehrtmachen zu wollen. Es gelang schließlich, das Reh auf dem Hof festzuhalten und es in einen Stall einzusperren, wo es mit Futter reichlich versorgt wurde. Das bereitete ihm große Freude. Nach den bisherigen Feststellungen hat das wagemutige Reh bei seiner Durchquerung des Rheins nicht einmal den erwarteten „Schnupfen“ mitbekommen.

Die Düsseldorf und Siegburger Schulen wegen der Grippe geschlossen. Infolge der immer weiter um sich greifenden Grippe haben die staatlichen Kreisärzte für den Stadtkreis Düsseldorf die Schließung sämtlicher Schulen für die Zeit vom 21. bis 28. Januar einschließlich angeordnet. Auch in Siegburg mußten alle Schulen geschlossen werden. In Braunschweig und in Wolfenbüttel hat die Krankheit weiter um sich gegriffen.

Die Leiche eines Offiziers der „Atlantique“ aus dem Meere geborgen. In der Nähe von Cherbourg konnten Fischer eine Leiche aus dem Meere bergen, die von dem Kapitän und zwei Offizieren der „Atlantique“ als die eines Ingenieurs des verbrannten Schiffes erkannt wurde. Der Offizier war, durch den Rauch halb erstickt, das Fallreep hinuntergetaucht, um in einem Rettungsboote Platz zu suchen, verlor aber plötzlich den Halt und stürzte ins Wasser.

Zahlreiche Todesopfer der Grippe in England. In der vergangenen Woche sind in England 1041 Personen an der Grippe gestorben gegen 681 in der Woche vorher. Das Ansteigen der Krankheit war besonders stark in Groß-London, wo 371 Todesfälle zu beklagen waren gegen 163 in der Vorwoche. Nur aus Birmingham wird ein Abflauen der Krankheit gemeldet.

Ein englischer Flieger auf der Suche nach Vert Hinfiler verschollen. Der englische Militärflieger Hope, der von Lausanne aus Nachforschungen nach dem verschunden englischen Flieger Vert Hinfiler unternommen hat, ist nunmehr gleichfalls verschwunden. Von verschiedenen Stellen aus sind militärische Flugzeuge der Schweiz entsandt worden, um Nachforschungen nach den beiden vermissten Fliegern einzuleiten. Insbesondere wird gegenwärtig das gesamte Gebiet am Wetterhorn (Berner Alpen) abgesucht. Die Nachforschungen sind jedoch bisher erfolglos geblieben und stoßen infolge der schlechten Wetterlage auf große Schwierigkeiten.

Die Molkereien im November 1932.

Die Korrespondenz des Preussischen Statistischen Landesamtes bringt die Ergebnisse der Molkereistatistik vom November 1932. Danach ist die jahreszeitliche Entwicklung vom Oktober zum November normal. Der Rückgang der Anlieferung an die Berichtsmolkereien beträgt etwa 4 Prozent, der Rückgang des Frischmilchverbrauchs etwa 1 Prozent. Gegen das Vorjahr ist die Anlieferung um 0,5 Prozent größer. Der vermehrte Kuhbestand und

die um 20,2 Prozent größere Futterrübenenernte sowie die 12,7 Prozent größere Kohlrübenenernte haben verhindert, daß der Rückgang in der Verwendung von Handelsfutttermitteln die Milchherzeugung zurückgehen läßt. Der Frischmilchabfall ist 9,7 Prozent kleiner als im November 1931. Der Frischmilchabfall ist sogar um 20 Prozent zurückgegangen, ein Zeichen, daß neben der allgemeinen Einschränkung des Frischmilchverbrauchs auch ein Uebergang zur billigeren offenen Milch erfolgt ist. Infolge der um ein Geringes gestiegenen Anlieferung und der Einschränkung des Frischmilchverbrauchs mußten bedeutend größere Mengen verarbeitet werden. Die Butterherzeugung stieg daher und ist um 4,8 Prozent größer als im November 1931.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. Januar.

Zu der Stilleausprache im Haushaltsausschuß. Berlin. Die Generalversammlung des preussischen Königshauses teilt mit: „Die im Haushaltsausschuß des Reichstages von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung, daß Ihre Majestät die Kaiserin Hermine die Stille in Anspruch genommen habe, ist unzutreffend.“

Domprobst Professor Linneborn gestorben. Baderborn. Infolge Herzschlages verstarb der Domprobst Professor Dr. Johannes Linneborn. Der Verstorbenen war seit längerer Zeit Mitglied des preussischen Landtages als Vertreter des Zentrums für Westfalen-Süd.

Glücklich abgelaufener Gebirgsschlag. Breslau. Wie das Oberbergamt Breslau mitteilt, wurden auf der Gräfin-Johanna-Schachtanlage bei Beuthen (O.S.) bei einem Gebirgsschlag im Steinig-Floß sechs Mann verschüttet. Die Leute waren in einem Berges mit Anstandsungsarbeiten beschäftigt. Drei von den Verschütteten konnten sich selbst befreien, die drei anderen sind noch in der Nacht durch Rettungsleute lebend geborgen.

Polen entläßt widerrechtlich Danziger Eisenbahner. Danzig. Die Danziger Regierung hat eine Note an den Hohen Kommissar des Völkerbundes gerichtet, in der sie sich über die Verdrängung von deutschstämmigen Beamten bei den Danziger Eisenbahnen beschwert und die Entsendung des Oberkommissars anruft. Es handelt sich darum, daß Polen bei angeblichen Reorganisationsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung verschiedene deutsch-Danziger Beamte entlassen hat. Polen ist aber verpflichtet, in erster Linie die deutsch-Danziger Beamten, Angestellten und Arbeiter zu beschäftigen.

Bombenanschlag auf ein sozialdemokratisches Volkshaus. Madrid. In Sevilla warfen Extremisten zwei zehn Kilogramm schwere Bomben gegen das sozialdemokratische Volkshaus. Eine der Bomben explodierte und richtete großen Schaden an. Zwei Personen wurden schwer und zehn weitere leicht verletzt.

Montagu Norman heiratet. — Ein furchtloses Brautpaar. London. Hier fand die standesamtliche Trauung von Montagu Norman, dem 61jährigen Gouverneur der Bank von England, und Priscilla Worthone, einem 33jährigen Mitglied des Londoner Stadtrates statt. Um der großen Menschenmenge zu entgehen, die das frischgebackene Ehepaar begrüßen wollte, verließen Montagu Norman und Frau das Standesamt über eine Hintertreppe, wobei sie ein Leichenschauhaus zu durchqueren hatten.

Geheimnisvolle Explosion in Moskau. Moskau. In Moskau wurden vier russische Gelehrte beerdigt, die bei Verletzungen im Gebäude des Starkstromtruffs ums Leben gekommen sind. Außer diesen vier Gelehrten soll noch eine Gruppe von sechs Arbeitern umgekommen sein. Von amtlicher Seite wird über die Todesursache nichts mitgeteilt. Nach privaten Meldungen soll es sich um eine Explosion beim Ausprobieren einer auf militärischem Gebiet liegenden Erfindung handeln.

45 Grad Kälte im Uralgebiet. Moskau. Aus Leningrad wird gemeldet, daß dort die Temperatur auf 28 Grad unter Null gesunken ist. Im Uralgebiet wurden 45 Grad gemessen.

Die „Malygin“ gerettet. Moskau. Nach einem Funkpruch der Leningrader Hafenverwaltung hat der Eisbrecher „Malygin“ mitgeteilt, daß die Maschinenanlage des Schiffes von Eis und Wasser frei ist.

120 chinesische Soldaten erstochen aufgefunden. Peking. Wie hier verlautet, sind bei der Stadt Peipao (Provinz Schen) 120 chinesische Soldaten erstochen aufgefunden worden. Die Abtötung war eine Zeitlang von der Außenwelt abgeschnitten und hatte keinerlei Lebensmittel.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Berg.-Märk.-Milchproduzentenverband

(e. V.) Ortsgruppe Schwenke.

Am Mittwoch, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr im Hotel zur Post in Halver

Versammlung.

Es sprechen:

Der Geschäftsführer der Berg.-Märk.-Milchproduzenten-Verbandes Dr. Rißor, Elberfeld. Der Geschäftsführer des Landbundes Lüdenscheid Dr. Herfel über: „Regelung des Milchabfuges und der damit verbundenen Fragen“.

Alle Milchzeuger sind zu dieser Versammlung dringend eingeladen. Der Vorstand

Trauerkleidung

Kleider, Mäntel, Kostüme, Blusen, Röcke usw. Mustersendung p. Auto sofort bereitwilligst.

D. Leberberg,
Lüdenscheid Ruf 2719.

Der große Duden

Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter

Von Dr. Theodor Matthias nach den amtlichen Regeln neubearbeitet und erweiterte 10. Auflage. In Ganzleinen gebunden 4,05 RM

Wilh. Bell jr., Halver.

Statt besonderer Anzeige.



Gestern Abend 11^{1/4} Uhr entschlief sanft und ruhig nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Aug. Eckmann

Agnes geb. Claus

im 76. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

August Eckmann.

Halver-Karlshöhe, den 22. Januar 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Jan. cr. nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus statt. Beileidsbesuche u. Kranzspenden dankend verboten.

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an

Buchdruckerei Wilh. Bell jr., Halver.

Eintrittskarten = Blocks

zu haben

Allgemeiner Anzeiger
Halver.

Futtermittel

Empfehle und hatte

auf Lager vorrätig:

Erbsenmehl
Soyaschrot
Rapskuchen
Rapskuchenehl
Leinmehl
Palmkernschrot
Brockenmischfutter
Grobe Weizenkleie
Weizenbohmehl
Weizenmehl 2
Zuckerschnitzel
Pferdehäcksel
Pferdemelasse
Gerstenschrot
Geflügel- & Mischfutter
aller Art
Futterweizen
Bruchmais
Geschälter Reis
Lactina
Lupinen-Fischmehl
Kochsalz
Viehkalz.

Bestellungen auf
Heu, Stroh, Kun-
steln, Torfstreu usw.
nehme entgegen.

E. Zimmermann,
Ost-Rönshof,
Telefon Nr. 11 Rönshof.

Bommerter Wehrverein

Zu der am Samstag, den 28. ds. Mts. abends 6 Uhr im Vereinslokal Schulten-herfeld stattfindenden

General-Versammlung

laden wir hiermit ergebenst ein.
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Margarineverteiler

zum Verkauf unserer Margarine mit Wertreklame direkt an Private,

für Halver, Kierspe u. Umgeb. gesucht.
Gute Verdienstmöglichkeit. Sicherheit (kleine Kautions, die bei einer Sparkasse sichergestellt wird oder dergl.) sowie gute Kellerräume erforderlich.
Angeb. erb. unter **G. 12** an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Laubfägeholz

vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.